



**Beschlussvorlage**

Organisationseinheit Kämmereiamt / Finanzverwaltung	Datum 29.09.2023	Drucksachen-Nr. <b>2023/245</b>
--	---------------------	------------------------------------

⇩ Beratungsfolge	⇩ Sitzungsart	⇩ Sitzungstermin/e
Verwaltungs- und Finanzausschuss	öffentlich	09.10.2023
Kreistag	öffentlich	23.10.2023

**Tagesordnungspunkt 4**

**Kreishaushalt - Jahresabschluss 2022;**

- a) Vorlage des Jahresabschlusses**
- b) Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses**
- c) Feststellung des Jahresabschlusses**

**Beschlussvorschlag**

**Zu a)**

**Der Jahresabschluss inklusive aller Erläuterungen und Anlagen wird zur Kenntnis genommen.**

**Zu b)**

**Der Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses wird zur Kenntnis genommen.**

**Zu c)**

**Der vorliegende Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird festgestellt.**

**Vorberatung**

*Sitzung Verwaltungs- und Finanzausschuss vom 9. Oktober 2023*

*Beschluss: einstimmig beschlossen*

## Sachverhalt

### a)

Für das Jahr 2022 ergibt sich in der **Gesamtergebnisrechnung** ein Fehlbetrag von rund 2,8 Mio. EUR. Dies entspricht einer Verbesserung zum Plan um rund 6,5 Mio. EUR.

Das Gesamtergebnis ergibt sich aus einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von rund 2,8 Mio. EUR (rund +6,5 Mio. EUR zum Planansatz) und einem Überschuss im Sonderergebnis in Höhe von rund 24.000 EUR.

Nach § 49 Abs. 3 S. 3 GemHVO in Verbindung mit § 25 Abs. 1 GemHVO wurde der Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis durch die Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Entsprechend § 49 Abs. 3 S. 2 GemHVO wurde der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Die wesentlichen Veränderungen während des Haushaltsvollzugs 2022 waren folgende:

- Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG sind um rund 5 Mio. EUR höher ausgefallen.
- Die Bußgeldeinnahmen (insbesondere aus der Geschwindigkeitsüberwachung) liegen um rund 648.000 EUR über dem Planansatz. Sie haben gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen.
- Bei den Wohnheimgebühren für die Flüchtlingsunterkünfte sind Mehrerträge von rund 1,1 Mio. EUR entstanden. Dies hängt unter anderem mit der Erstattung der Wohnheimgebühren durch das Jobcenter für die Ukraineflüchtlinge zusammen.
- Bei den Zuweisungen vom Bund sind Mehrerträge von rund 630.000 EUR entstanden. Es handelt sich hier um Mittel aus dem Digitalpakt für Schulen, die nicht eingeplant waren.
- Aus der Beteiligung des Landes an den durch die Ukraineflüchtlinge bedingten Netto-Mehrbelastungen im SGB XII und SGB II ergaben sich Mehrerträge von insgesamt 6,4 Mio. EUR. Diese waren nicht planbar.
- Bei den Zuweisungen für die Grundversorgung und die Hilfen nach SGB XII sind Mehrerträge von rund 2,8 Mio. EUR entstanden. Dem stehen aber auch entsprechend höhere Transferaufwendungen gegenüber.
- Im Bereich der Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler sind die Landeszuweisungen um rund 4,1 Mio. EUR geringer ausgefallen. Hier war die Beteiligung des Landes an den kommunalen Netto1Aufwendungen nach dem AsylbLG in Höhe von 3,8 Mio. EUR eingeplant. Die Erhebung für die Landesbeteiligung hat sich auf das Jahr 2023 verschoben.
- Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II ist gegenüber der Planung um rund 1,8 Mio. EUR geringer ausgefallen.
- Die Erträge aus dem Anteil am Aufkommen der Grunderwerbsteuer sind um rund 3,2 Mio. EUR geringer ausgefallen. Mit insgesamt rund 24,8 Mio. EUR sind diese auf das Niveau von 2018 zurückgegangen.
- Bei den Landeserstattungen sind Mehrerträge von insgesamt rund 4,9 Mio. EUR entstanden. Dies hängt im Wesentlichen noch mit den Auswirkungen der Corona Krise zusammen. Hier wurden vom Land Aufwendungen im Zusammenhang mit dem ÖPNV-Rettungsschirm und dem 9-Euro-Ticket von rund 2,2 Mio. EUR, Aufwendungen aus der Kostenbeteiligung für Corona Tests für Kindertageseinrichtungen von rund 1,3 Mio. EUR und Aufwendungen aus der Abrechnung der Kosten aus der Kontaktpersonennachverfolgung und der Test- und Impfkampagne von rund 1,4 Mio. EUR erstattet.
- Für die in 2023 voraussichtliche notwendige zusätzliche Liquiditätsunterstützung für den Gesundheitsverbund GLKN wurde eine Rückstellung in Höhe von 5 Mio. EUR gebildet. Diese Rückstellung war nicht eingeplant.

- Bei den Abschreibungen sind Mehraufwendungen von rund 1,8 Mio. EUR, insbesondere durch Wertberichtigung von Forderung entstanden.
- Im Bereich ÖPNV sind Mehraufwendungen in Höhe von rund 1,8 Mio. EUR entstanden, insbesondere wegen höherer Kosten für den Regionalbus.
- Die Transferaufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich lagen insgesamt nur mit rund 765.000 EUR über den Planansätzen. Werden die einzelnen Hilfearten getrennt betrachtet, sind aber Minderaufwendungen bei der Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII (- 3,1 Mio. EUR), Mehraufwendungen bei der Eingliederungshilfe nach SGB IX (+ 1,3 Mio. EUR), Mehraufwendungen bei den Hilfen für Flüchtlinge (+ 1,1 Mio. EUR) und Mehraufwendungen bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (+ 1,4 Mio. EUR) festzustellen.

In der **Finanzrechnung** zeigt sich, dass der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit rund 24,9 Mio. EUR betrug und somit rund 24,7 Mio. EUR höher als geplant (Plan 2022: rund 0,2 Mio. EUR) ausfiel.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit betrug rund 18,55 Mio. EUR und fiel damit rund 2,7 Mio. EUR höher als der Planansatz (rund 15,86 Mio. EUR) aus. Die Einzahlungen lagen rund 0,4 Mio. EUR und die Auszahlungen rund 3,1 Mio. EUR über dem Ansatz.

Für das Jahr 2022 bestand eine genehmigte Kreditermächtigung von 4,5 Mio. EUR zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionen. Außerdem stand die noch nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung aus 2021 in Höhe von 9,6 Mio. EUR.

Im Haushaltsjahr 2022 wurde ein Kredit in Höhe von 2 Mio. EUR bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Bank) zu einem Zinssatz von 1,64% aufgenommen. Hinzu kam 2022 eine weitere Kreditaufnahme in Höhe von 1 Mio. EUR zu einem Zinssatz von 1,74% zur Umschuldung eines bestehenden Darlehens.

Die Tilgung im Jahr 2022 betrug rund 5 Mio. EUR. Dementsprechend ist der Schuldenstand des Landkreises (ohne Eigenbetriebe) zum 31. Dezember 2022 auf rund 38 Mio. EUR gesunken.

Mit dem Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von rund 41,1 Mio. EUR wurde die geforderte Mindestliquidität in Höhe von rund 6,9 Mio. EUR deutlich überschritten.

Die Summe der **Bilanz** betrug zum 31. Dezember 2022 rund 284,1 Mio. EUR und hat sich während des Jahres 2022 um rund 8,25 Mio. EUR erhöht. Wesentliche Veränderungen in der Vermögensrechnung waren:

#### AKTIVA

- Der Wert des Sachvermögens hat sich im Jahr 2022 um rund 6,1 Mio. EUR auf 156.733.176 EUR erhöht. Den in 2022 angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten von insgesamt rund 14,1 Mio. EUR stehen Abschreibungen und Anlagenabgänge von rund 8 Mio. EUR gegenüber.
- Das Finanzvermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,9 Mio. EUR verringert. Dies ist im Wesentlichen auf die Abnahme der Forderungen um insgesamt rund 6,1 Mio. EUR zurückzuführen.
- Der Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse erhöhte sich 2022 um rund 2,8 Mio. EUR auf 18 Mio. EUR. Hier spiegeln sich im Wesentlichen die in 2022 geleisteten Investitionszuschüsse von rund 2,8 Mio. EUR für den Masterplan Bau an den Gesundheitsverbund GLKN wieder.
- Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (bereits bezahlte Auszahlungen für Aufwand in 2022) erhöhen sich in Jahr 2022 um rund 1,2 Mio. EUR auf rund 7,5 Mio. EUR. Betroffene Bereiche sind SGB II-Auszahlungen und weitere vorausbezahlten Sozialleistungen sowie die Beamtengehälter für den Monat Januar 2022.

## PASSIVA

- Die Rücklagen aus Überschüssen sind um rund 2,8 Mio. EUR auf 137,5 Mio. EUR gesunken. Hier spiegelt sich das negative Gesamtergebnis der Ergebnisrechnung wieder.
- Die Verbindlichkeiten sind im Jahr 2022 um rund 931.000 EUR auf insgesamt rund 53,8 Mio. EUR gesunken. Ursächlich hierfür sind insbesondere die um rund 2 Mio. EUR geringeren Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sowie die rund 1,1 Mio. EUR Erhöhung bei den weiteren Verbindlichkeiten.
- Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (bereits zugeflossene Einzahlungen für Erträge in 2023) erhöhen sich um rund 5,2 Mio. EUR. Grund der Erhöhung sind insbesondere die höheren Pauschalen im Asylbereich in Höhe von rund 4,3 Mio. EUR und im Bereich „Sonderkontingentflüchtlinge“ in Höhe von rund 1,4 Mio. EUR.
- Die Rückstellungen haben sich um rund 6 Mio. EUR auf rund 12 Mio. EUR erhöht. Die erhebliche Steigerung resultiert insbesondere aus der zum Jahresabschluss 2022 erstmalig gebildeten Rückstellung für die Liquiditätssicherung des Gesundheitsverbundes Landkreis Konstanz in Höhe von 5 Mio. EUR.

## **b) und c)**

Aufgrund der Prüfungsergebnisse empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt, den Jahresabschluss 2022 (**ANLAGE 1**) festzustellen. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts liegt den Sitzungsunterlagen bei (**ANLAGE 2**).

Anlagen

Anlage 1 – Jahresabschluss 2022

Anlage 2 – Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des JA 2022

Art der Aufgabe

- Staatliche Aufgabe
  Selbstverwaltungsaufgabe - Pflichtaufgabe  
 Selbstverwaltungsaufgabe - Freiwillige Aufgabe

Auswirkungen auf beschlossene Ziele und Kennzahlen (siehe Strategietabelle)

keine Auswirkungen

Auswirkungen auf:

Strategie-Nr.: 18 Handlungsfeld: Effiziente Verwaltung

Leistungsziel: Sämtliche Aufgaben, die zur Erfüllung einer nachhaltigen und wirkungsorientierten Steuerung erforderlich sind, werden wahrgenommen.

Maßnahme: Die Planung, Überwachung und Steuerung des Haushaltsvollzugs wird durch eine unterjährige und standardisierte Berichterstattung (über Ziele, Leistungen und Budgets) unterstützt. Innerhalb der ersten sechs Monate eines Jahres wird der Strategiebeschluss als Grundlage für die verwaltungsinternen Ziel-, Leistungs- und Budgetplanungen vom Kreistag gefasst.

Finanzielle Auswirkungen

Aufwendungen bzw. Auszahlungen	Betrag	HH-Jahr/e
--------------------------------	--------	-----------

<input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> laufend <input type="checkbox"/> mehrjährig	... EUR	...
--	---------	-----

Zuschüsse oder (Gegen-)Finanzierung	Betrag	HH-Jahr/e
-------------------------------------	--------	-----------

<input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> laufend <input type="checkbox"/> mehrjährig	... EUR	...
--	---------	-----

Nettoauswirkungen	... EUR	...
-------------------	---------	-----

Mittel sind im Haushalt/Entwurf (HHJahr/e ...) veranschlagt

**Siehe Vorbericht und ANLAGEN dazu.**